



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Regionalgruppe Münster

Kajo Schukalla

(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

www.gfbv.de

www.rg-muenster.gfbv.de

Münster, 16. Februar 2018

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

Deniz Yücel ist frei! Endlich!

Auch wir hatten uns für seine Freilassung eingesetzt. In einem ersten Kommentar äußerte er sich knapp sinngemäß so: Er wisse nicht, warum er verhaftet worden sei und auch nicht, warum er jetzt frei gekommen sei – und der wisse es eigentlich doch.

Es ist klar, seine Verhaftung unter diffusen Terrorismusvorwürfen war politisch motiviert, seine Freilassung fand nach über einem Jahr Haft ohne Anklageerhebung erst nach intensiven politischen Gesprächen statt. Was die deutsche Regierung versprochen oder in Aussicht gestellt hat, wissen wir nicht. Wir werden die Früchte aber erkennen können.

Dass die Türkei mit der Freilassung auf den Weg eines Rechtsstaates zurückgekehrt sei, kann man wahrlich nicht behaupten. Gleichzeitig mit der guten Nachricht für Deniz Yücel erreichen uns Nachrichten über sechs lebenslange Hafturteile wegen angeblichen Umsturzes und Zusammenarbeit mit der Gülen-Bewegung. Zu den Verurteilten gehören Ahmet Altan, früherer Chefredakteur der jetzt verbotenen Zeitung „Rara“, sein Bruder, der Wirtschaftsprofessor und Schriftsteller Mehmet Altan und die Journalistin Nazli Ilıcak. Weitere rund 150 Journalisten werden in Haft gehalten.

Und nicht einmal Deniz Yücel ist wirklich „frei“ oder gar rehabilitiert. Denn die türkische Staatsanwaltschaft fordert eine hohe Haftstrafe in dem anstehenden Prozess gegen ihn, der dann aber wohl in Abwesenheit des deutsch-türkischen Journalisten stattfinden wird. Und selbst diese Zahl ist winzig im Vergleich zu den vielen politischen Gefangenen.

In Deutschland sind nicht nur Menschenrechtler hier gefordert, nur eine breite und vernehmliche Öffentlichkeit wird auch unsere Regierung auf eine entschlosseneren Menschenrechtspolitik hin beeinflussen können.

Dieser Rundbrief informiert wieder über aktuelle Veranstaltungen mit Menschenrechtsbezug und enthält ausgewählte Pressemitteilungen aus unserer Arbeit sowie Kurzberichte über ausgewählte Aktivitäten und Entwicklungen in Münster.

Besonders einladen möchte ich zu unserer **Mahnwache gegen den Einmarsch der Türkei nach Nordsyrien am Samstag, den 24. Februar**, vor dem Rathaus (siehe unter Terminen). Beteiligt sind wir auch bei der **Podiumsdiskussion zur Lage der Minderheiten im Nahen Osten am Donnerstag, den 22. Februar**.

Mit herzlichem Gruß

Kajo Schukalla

1. Termine

Perspektiven Afrikas

Lesung und Gespräch mit der Zeitzeugin Ruth Weiss

Freitag, 16. Februar 2018, 19:00 Uhr

Volkshochschule, Forum 1, Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Eintritt: 6 € / erm. 3 €, Vorverkauf: ROSTA Buchladen, Aegidiistraße 12 und Buchhandlung "Der Wunderkasten", Rüschausweg 6

Ruth Weiss wurde 1924 als Kind jüdischer Eltern in Fürth bei Nürnberg geboren. 1936 floh die Familie vor der Verfolgung nach Südafrika. Ruth Weiss arbeitete lange Jahre als international anerkannte Wirtschaftsjournalistin. Sie war früh gegen die Apartheid aktiv, mit vielen politischen Führern der Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen ist sie persönlich befreundet.

1966 kam sie wegen ihres antirassistischen Engagements auf die »Schwarze Liste« und musste Südafrika verlassen. Sie arbeitete für die Financial Times, The Guardian, die BBC und die Deutsche Welle in Zimbabwe, Großbritannien und Deutschland. Sie lebte lange auf der Isle of Wight und ab 2012 im münsterländischen Lüdinghausen. Ende 2015 zog sie zu ihrem Sohn und seiner Familie nach Dänemark. Sie ist eine wichtige Zeitzeugin, die ihre Erfahrungen immer noch auf Lesungen - insbesondere in Schulen – teilt.

In Münster wird Ruth Weiss am 16. Februar 2018 den Roman »Meine Schwester Sara« vorstellen, der in Südafrika am Ende der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts spielt:

„Eine Burenfamilie entschließt sich, eine deutsche Kriegswaise zu adoptieren. Freudig wird das blonde, blauäugige kleine Mädchen in die Familie aufgenommen. Doch als Saras Papiere ein halbes Jahr später eintreffen, stellt sich heraus, dass sie Jüdin ist. Insbesondere der Familienvater, ganz Patriarch und Mitglied der nationalistischen Apartheidregierung, entzieht Sara daraufhin seine Liebe. Als Studentin schließt sich Sara, durch den am eigenen Leib erlebten Rassismus motiviert, dem Widerstand gegen das Apartheidregime an. Sie führt damit auch ihre in der Tradition verhaftete Familie zu einer zaghaften Auseinandersetzung mit dem politischen System“ (Verlagstext).

Das Buch erschien 2017 in der 14. Auflage (Verlag dtv, Reihe Hanser). Es ist auch als Hörbuch, gelesen von Dietmar Schönherr erhältlich (Der Diwan Hörbuchverlag).

Die Lesung und das Gespräch mit Ruth Weiss moderiert Bärbel Zimmer. Sie ist Lehrerin an einer Gesamtschule im Münsterland. Seit vielen Jahrzehnten beschäftigt sie sich mit jüdischer Geschichte und Literatur. Sie ist Autorin des Buches "Lüdinghauser Stolpersteine. Gedenken an die jüdischen Familien." Seit vielen Jahren ist sie mit Ruth Weiss befreundet.

Auszüge aus „Meine Schwester Sara“ liest Markus von Hagen, der in Münster als Kabarettist, Rezitator, Regisseur und Autor arbeitet. Seit zehn Jahren stellt er gemeinsam mit seiner Frau Marion in der Lesereihe „Literatur für Liebhaber“ einmal im Monat Autorinnen und Autoren der unterschiedlichsten Epochen und Länder vor.

Ein Interview auf SWR2 mit Ruth Weiss finden Sie hier:

<https://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/zeitgenossen/swr2-zeitgenossen-ruth-weiss-journalistin-und-schriftstellerin/-/id=660664/did=18454108/nid=660664/whboto/index.html>

Die Veranstaltung der Afrika Kooperative e.V. findet in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Münster, dem Förderverein Gefangenenbüchereien e.V. und dem ROSTA Buchladen statt.

Frieden in der Krise

Normen, Werte und Interessen in der internationalen Politik

Dienstag, 20. Februar 2018

Tagungsort: Französische Friedrichsstadtkirche auf dem Gendarmenmarkt,
Berlin-Mitte

Information:

Evangelische Akademie Villigst im Institut für Kirche und Gesellschaft,
Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte,

Tel. 02304/ 755-327

www.akademie-villigst.de

Exodus

Filmveranstaltung mit Gespräch

Mittwoch, 21. Februar 2018, 19 Uhr

Exodus - Where I come from is disappearing

Filmregie Hank Levine, Brasilien / Deutschland 2006

Cinema, Warendorfer Str. 45-47 Münster

www.cinema-muenster.de

Veranstalter: Münster – Stadt der Zuflucht und Die Linse

Geschichte, Sprache und Kultur Georgiens - Imperium, Nationalstaat, Minderheiten

Mittwoch, 21. Februar 2018, 19 Uhr

Auslandsgesellschaft NRW e.V., Steinstraße 48, 44147 Dortmund

Referent: Ekkehard Maaß

Eintritt frei

Jana trifft Jussuf

Interkulturelle Kompetenz in pädagogischen Handlungsfeldern

- Was ist interkulturelle Kompetenz?

- Analyse von Situationen und Fallbeispielen

- Grenzen interkultureller Verständigung

Donnerstag, 22. Februar 2018, 9 -17 Uhr

Franz Hitze Haus

Unsere Zeit ist geprägt durch Migration und Globalisierung. Allein in Deutschland leben Menschen aus 140 Nationen und weit mehr Kulturen. Diese multikulturelle Gesellschaft Deutschlands spiegelt sich selbstverständlich auch im Alltag von Erzieherinnen und Erziehern wieder. Wer in der Kinder- und Jugendarbeit erfolgreich arbeiten möchte, sollte auf kulturelle Differenzen, unterschiedliche Wertvorstellungen und Normen vorbereitet sein.

Referenten:

Elisabeth Addicks, ESE e.V., Münster

Dr. Ursula Bertels, Ethnologin, ESE e.V., Münster

Katholisch-soziale Akademie
Franz Hitze Haus
Kardinal-von-Galen-Ring 50
D-48149 Münster
Tel. 0251/ 9818-0, Fax 0251/ 9818-480
E-Mail: info@franz-hitze-haus.de
www.franz-hitze-haus.de/home/

System Naher Osten – wie Minderheiten unter die Räder kommen

Donnerstag, 22. Februar 2018, 19 Uhr

Restaurant Aposto (Freiraum), Alter Steinweg 21, 48143 Münster

Podiumsveranstaltung

mit

Schwester Hatune Dogan, Hatune-Stiftung – Helfende Hände für die Armen,
Dr. Kajo Schukalla, Gesellschaft für bedrohte Völker
Dr. Jochen Reidegeld, stellvertr. Generalvikar des Bistum Münster
Heike Zafar, WDR-Reporterin und Filmerin im Nordirak
Prof. Dr. Mouhanad Khorchide, Leiter des Zentrums für islamische Theologie,
Universität Münster – *angefragt*

Moderation: Ismet Nokta, Leiter des Arbeitskreises Außen- und
Sicherheitspolitik

Veranstalter: AK Außen- und Sicherheitspolitik im CDU-Kreisverband Münster
Anmeldung per Mail erbeten an post@cdu-muenster.de
Eintritt frei.

Auf der Flucht aus ...

Kosovo: „Babai“

Donnerstag, 22. Februar 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen
Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden
eingeführt und anschließend diskutiert. Als GföV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin,
da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der
Kommunalen Seniorenvertretung
Eintritt frei.

Syrien: Stoppt die Aggression !

Kurden, Yeziden, Christen und andere Minderheiten schützen !

Mahnwache der Gesellschaft für bedrohte Völker

Samstag, 24. Februar 2018, 10 – 17 Uhr

vor dem historischen Rathaus,
Prinzipalmarkt

Wir bitten um Teilnahme als kleines Zeichen der Unterstützung für die Opfer und als Protest gegen die Aggressionspolitik der Türkei und jegliche Menschenrechtsverletzungen.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Türkei dauert seit dem 20. Januar unvermindert an. Er fordert auch unter Zivilisten viele Tote und Verletzte und zerstört die Lebensgrundlage der kurdischen Bauern. Die deutsche Bundesregierung darf dieser Eskalation nicht schweigend zusehen, sondern muss ihren NATO-Partner dazu drängen, die Angriffe sofort einzustellen.

Hunderttausende deutsche Kurden, Aleviten, Yeziden und Christen, die aus Syrien oder der Türkei stammen, sind in großer Sorge um ihre Verwandten und Familienangehörigen in Afrin. Sie können jeden Tag Opfer einer Rakete oder eines Artilleriegeschosses des türkischen Militärs werden. Wir fordern von der Bundesregierung eine Türkei- und Kurdenpolitik, die endlich vor allem Menschen- und Minderheitenrechte zur Leitlinie nimmt.

Die bisherige Bilanz des türkischen Angriffskrieges auf die mehrheitlich von Kurden bewohnte nordwestsyrische Provinz Afrin ist erschreckend. Nach Recherchen unseres GfbV-Nahostreferenten Kamal Sido, der ständig mit seinen Angehörigen und Gewährsleuten in der Region Kontakt hält, sind bereits mindestens 160 Zivilisten durch die Angriffe türkischer Kampfflugzeuge, schwerer Artillerie, Raketenwerfer und Panzer getötet worden. Unter den Toten sind viele Kinder und Frauen. Rund 400 Zivilisten wurden verwundet. Etwa 60.000 Menschen mussten aus ihren Dörfern in die überfüllte Kantonshauptstadt Afrin fliehen. 60 Ortschaften wurden zum Teil vollständig zerstört. Die wenigen alten Frauen und Männer, die nicht flüchten konnten, wurden gefangen genommen und misshandelt. Viele wurden gezwungen, die türkische Armee und die mit ihnen verbündeten islamistischen Milizen vor laufenden Kameras zu loben.

Türkische Kampfflugzeuge haben permanent auch zivile Ziele angegriffen, so die Trinkwasser-Werke „Matina“ im Norden von Afrin. Die Werke mussten mehrmals und zum Teil tagelang außer Betrieb genommen werden. Etwa 300.000 Menschen konnten nicht mit Wasser versorgt werden. Die Bombenangriffe gefährden auch die Trinkwasserleitungen der Stadt. Darüber hinaus muss befürchtet werden, dass durch zerstörte Abwasserleitungen Krankheiten ins Trinkwasser gelangen. Hinzu kommt, dass der einzige Stausee, der Afrin mit Wasser versorgt, höchst gefährdet ist. Immer wieder schlagen Raketen und Artilleriegeschosse in unmittelbarer Nähe des Staudammes ein.

Schwere Schäden gibt es auch in der Landwirtschaft, Infrastruktur und den historischen Plätzen Afrins zu beklagen. Bauernhöfe der Kurden gingen in Flammen auf, landwirtschaftliche Maschinen wurden zerstört oder geraubt, Olivenölbehälter oder Silos mit Getreidesaat vernichtet. Ganze Olivenhaine und Obstplantagen wurden in Brand gesetzt, angeblich weil kurdische YPG-Kämpfer sich dort verstecken könnten. Diese schützen die Region seit 2012 vor Islamisten. 50.000 Schüler können nicht mehr zum Unterricht gehen, weil ihre Schulgebäude zum Teil vollständig zerstört wurden. (Zwischenstand 12.2.2018)

Die türkische Armee und syrische Islamisten versuchen auch die Kultur und die Geschichte Afrins auszulöschen. So wurde ein Großteil des 3000 Jahre alten weltbekannten und aus der Späthethiter Zeit stammenden antiken Tempels von Ain Dara zerstört. Ebenso wurde die Hori-Zitadelle mit ihrem antiken Theater im Norden von Afrin dem Erdboden gleichgemacht.

Zypern - ein Zankapfel der internationalen Politik

Vortrag mit Diskussion

Dienstag, 27. Februar 2018, 19 Uhr

Auslandsgesellschaft NRW e.V., Steinstraße 48, 44147 Dortmund

Referent: Loukas Lymperopoulos

Die wichtige geostrategische Lage Zyperns am Schnittpunkt zwischen Orient und Okzident hat oft die Begierde fremder Mächte geweckt. Seit der Antike haben auf der Insel ein Kampf und gleichzeitig eine Begegnung der verschiedenen Kulturen stattgefunden. Neuntausend Jahre bewegte Geschichte findet ihren Ausdruck in zahlreichen kulturellen Sehenswürdigkeiten. Die Invasion der türkischen Armee im Jahr 1974 hat die Insel geteilt und der Ökonomie arg zugesetzt. Die Republik Zypern erholte sich wirtschaftlich jedoch schnell und wurde 2004 Mitglied der EU. Im März 2013 brach die Bankenkrise aus. Viele Bankkunden verloren einen beträchtlichen Anteil ihrer Ersparnisse. Die Eurozone und der Internationale Währungsfond halfen mit Notkrediten. Dafür musste Zypern bestimmte Strukturreformen durchführen. Diese wurden erfolgreich umgesetzt, so dass heute das Land nicht mehr am Tropf seiner Geldgeber hängt. Seit der Teilung der Insel ist die Situation jedoch politisch verfahren und eine Lösung ist nicht in Sicht.

In diesem Vortrag wird zunächst ein kurzer historischer Überblick von der Antike bis 1878, als Zypern de facto eine britische Kolonie wurde, gegeben. Der Schwerpunkt der Betrachtungen liegt in der darauffolgenden Zeit, in Zyperns Mitgliedschaft in der EU und in seiner Teilung.

Eintritt frei

Afghanistan – Land und Literatur (zweisprachige Lesung)

Woher kommen die Flüchtlinge?

Mittwoch, 28. Februar 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster, VHS-Forum, Aegidiimarkt 2

Mitwirkende: Prof. Dr. Abboud, Georg-D. Schaaf, Rokhshana Khorosh

Eintritt frei

Klimawandel in Münster

Vorstellung und Diskussion des Klimaanpassungskonzepts der Stadt Münster

Donnerstag, 1. März 2018, 18 Uhr

Rathausfestsaal, Prinzipalmarkt Münster

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. In den vergangenen Monaten und Jahren wurde uns dies durch die verschiedensten Extremwetterereignisse immer wieder ins Bewusstsein gerufen.

Die Stadt Münster arbeitet seit über 20 Jahren sehr aktiv im Bereich des Klimaschutzes. Aktuell hat der Rat der Stadt Münster den Masterplan 100% Klimaschutz als strategische Grundlage für die Klimaschutzarbeit der kommenden Jahrzehnte beschlossen, damit in Münster der CO₂-Verbrauch um 95% gesenkt werden und der Energieverbrauch halbiert werden kann.

Alle Maßnahmen und Initiativen des Klimaschutzes sind darauf ausgerichtet, durch Vermeidung von CO₂-Ausstoß die aktuellen Entwicklungen des Klimawandels abzubremsen. Jedoch zeigt nicht erst der extreme Regen und die damit verbundenen Überflutungen der Stadt im Juli 2014, dass wir uns in Zukunft auf eine größere Zahl von Extremwetterereignissen - auch in Münster - einstellen müssen.

Dazu hat die Stadt Münster in den vergangenen Jahren ein Klimaanpassungskonzept für unsere Stadt erarbeiten lassen. Dieses steht für Sie zum Download bereit unter

<http://www.stadt-muenster.de/umwelt/klimaanpassungskonzept.html>

Das Klimaanpassungskonzept beschäftigte sich mit den Fragestellungen:

Was bedeutet der Klimawandel für die Stadt Münster? Welche Bereiche innerhalb der Stadt sind von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen? Welche Folgen haben Hitze und starke Regenfälle? Was hat die Stadt Münster bereits getan, um sich auf den Klimawandel einzustellen. Wo und wie muss sie in Zukunft weiter aktiv werden? Welche Maßnahmen der Stadt, aber auch jedes Einzelnen helfen dabei, diese Auswirkungen erträglich zu machen und Schäden zu verhindern?

Gemeinsam mit dem renommierten ARD-Wetterexperten Sven Plöger werden dieses Konzept und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Münster vorgestellt.

Anmeldung erbeten unter klimaschutz@stadt-muenster.de

Auf der Flucht aus ...

Guinea: „Gold über alles“

Donnerstag, 1. März 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GfbV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der Kommunalen Seniorenvertretung

Eintritt frei.

Quo vadis, Europa?

Aktuelles aus dem Europaparlament.

Freitag, 2. März 2018, 19 Uhr

Cafè des Fachwerks Münster-Gievenbeck,
Arnheimweg 40, Münster

Referent: Prof. Dr. Dietmar Köster, Mitglied des Europaparlaments

Zu den aktuellen Themen wie dem Brexit, der zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik in Zeiten Trumps und der Zunahme nationalistischer Bewegungen soll es auch um den humanitären Umgang mit Geflüchteten gehen.

Eine Veranstaltung der SPD Münster-West

GfbV-Bundesregionalgruppentreffen

Freitag bis Sonntag, 2.- 4. März 2018

GfbV-Bundesbüro, Göttingen

Information und Anmeldung bei Kajo Schukalla (Kontakte s.u.) oder

Daniel Matt, GfbV-Bundesbüro, Tel. 0551/ 49906-17,

E-mail: d.matt@gfbv.de

Dieser Hinweis richtet sich insbesondere an GfbV-Mitglieder und Menschenrechtsinteressierte, die in einer Regionalgruppe mitarbeiten möchten.

Armenien. Aktuell.

Gesellschaft, Politik, Perspektiven

Akademietagung

Samstag, 3. März 2018, 10 – 17.30 Uhr

Thomas-Morus-Akademie Bensberg / Kardinal-Schulte-Haus

Overather Str. 51-53, 51429 Bergisch Gladbach,

Information und Anmeldung: Tel. 02204/ 408472,

akademie@tma-bensberg.de

Auf der Flucht aus ...

Nigeria: „Der Imam und der Pastor“

Donnerstag, 8. März 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GföV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der Kommunalen Seniorenvertretung
Eintritt frei.

Eine Welt Landeskongferenz NRW

Freitag bis Samstag, 9. - 10. März 2018

Gustav-Stresemann-Institut (GSI) Bonn

Die Eine-Welt-Landeskongferenz 2018 blickt in Impulsen, Diskussionen und Workshops auf die Eine Welt in unsicheren Zeiten.

Dabei kommen spannende Referent*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu Wort, diskutieren die Teilnehmenden direkt mit, werden verschiedene Projekte vorgestellt und zusammen neue Perspektiven und Impulse für das Eine Welt Engagement in NRW erarbeitet. Daneben gibt es ein abendliches Kulturprogramm und Zeit für Vernetzung.

Kooperationsveranstaltung von Eine Welt Netz NRW und Gustav-Stresemann-Institut e.V.

Ein sicheres Leben für alle – ein typisches Eine Welt Ziel und auch als „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ im nachhaltigen Entwicklungsziel 16 der UN festgeschrieben. Angesichts der Bilder aus den Konfliktgebieten zum Beispiel in West- und Zentralafrika oder im Nahen Osten, dem Schrecken des lokalen und globalen Terrorismus, autokratischen Herrschern sowie der Straflosigkeit bei internationaler Kriminalität und Gewaltverbrechen steht die Staatengemeinschaft dabei vor großen Herausforderungen.



Konflikte zwischen verschiedenen Lagern innerhalb von Bevölkerungen entlang ethnischer oder religiöser Linien aber auch zunehmende Spannungen zwischen Staaten und Staatenverbünden scheinen das Ziel in weite Ferne zu rücken.

Die Eine-Welt-Landeskonferenz 2018 blickt in Impulsen, Diskussionen und Workshops auf die Eine Welt in unsicheren Zeiten. Sie wird zum einen Fragen nach dem richtigen Verhältnis von Sicherheits- und Entwicklungspolitik in den Konfliktregionen stellen: Wie kann eine Konflikttransformation gelingen? Sind der Einsatz der Bundeswehr in UN-Missionen und die Ertüchtigung von Sicherheitskräften vor Ort notwendige Maßnahmen um Entwicklungszusammenarbeit erst zu ermöglichen? Oder werden so in erster Linie Menschen von der Migration nach Europa abgehalten?

Zum anderen wird ein Blick auf die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft in Deutschland geworfen: Was können wir tun, um die deutsche Politik insgesamt „friedensverträglich“ zu machen? Wie können Partnerschaften mit Menschen in Konfliktgebieten positiv genutzt werden? Mit welchen Antworten gehen wir auf die wachsende Zahl von Menschen zu, die sich angesichts von Terrorismus und Zuwanderung zunehmend unsicher fühlen??

Auf der Konferenz kommen spannende Referent*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu Wort, diskutieren die Teilnehmenden direkt mit, werden verschiedene Projekte vorgestellt und zusammen neue Perspektiven und Impulse für ein Engagement in NRW erarbeitet. Daneben gibt es ein abendliches Kulturprogramm und Zeit für Vernetzung. Auch im Namen der Kooperationspartner lade ich Sie herzlich ein, dabei zu sein!

Udo Schlüter, Eine Welt Netz NRW

<http://www.gsi-bonn.de/>

Münsteraner Wochen gegen Rassismus 2018

12. bis 25. März 2018

Unter dem Motto "100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus" finden vom 12. bis 25. März 2018 bereits zum vierten Mal in Folge die "Münsteraner Wochen gegen Rassismus" statt.

Das Kommunale Integrationszentrum der Stadt Münster lädt alle Vereine, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Glaubensgemeinschaften und weitere Zusammenschlüsse ein, ihren Beitrag für ein vielfältiges Veranstaltungsangebot als Zeichen für ein weltoffenes und demokratisches Zusammenleben zu leisten. Alle Veranstaltungen werden in einem gemeinsamen Kalender beworben.

<http://www.stadt-muenster.de/zuwanderung/aktuelles.html>



Auf der Flucht aus ...

Armenien: „Aghet – Ein Völkermord“

Donnerstag, 15. März 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiemarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GfV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der Kommunalen Seniorenvertretung
Eintritt frei.

Unternehmen tragen Verantwortung für Menschenrechte
Einschätzungen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte

Dienstag, 20. März 2018

Tagungsort: Gemeindehaus Ev. St. Mariengemeinde, Dortmund

Information:

Evangelische Akademie Villigst im Institut für kirche und Gesellschaft,

Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte,

Tel. 02304/ 755-327

www.akademie-villigst.de

Der sunnitisch-schiitische Konflikt

Von seinen historisch-theologischen Wurzeln bis zu den aktuellen konfessionellen Bürgerkriegen im Irak und Syrien

Dienstag, 20. März 2018, 19.30 Uhr

Abu Bakr Moschee, Carl-Holtzschneider-Straße 8a, 44145 Dortmund

Referent: Dr. Wilfried Buchta

Seit der US-Invasion im Irak 2003 und dem Beginn des Arabischen Frühlings 2011 ist der Nahe Osten in einem Teufelskreis aus Staatszerfall, dschihadistischem Terror und Bürgerkriegen gefangen. Und insbesondere in den Bürgerkriegen im Irak und in Syrien spielt der Faktor des sunnitisch-schiitischen Konfessionsgegensatzes wiederum eine entscheidende Rolle. Was sind die historisch-theologischen Ursachen dieses Konflikts? Wie wird er von den nahöstlichen Bürgerkriegsparteien instrumentalisiert? Und warum ist es sowohl für Konflikttakteure als auch Vermittler so schwer, ja sogar de-facto unmöglich, diesen unheilvollen Konflikt zu entschärfen? Antworten auf diese und andere Fragen gibt der Referent des Abends, der renommierte Islamwissenschaftler Dr. Wilfried Buchta. Er hat für nationale und internationale Organisationen in Marokko, Iran, Jordanien und im Irak gearbeitet, zuletzt von 2005 bis 2011 als politischer Analytiker für die UNO in Bagdad/Irak.

Eintritt frei

Auf der Flucht aus ...

Griechenland/ Türkei: „Zimt und Koriander“

Donnerstag, 22. März 2018, 19.30 Uhr

Volkshochschule Münster (VHS), Aegidiimarkt 2, 48143 Münster

Die Reihe „Auf der Flucht aus ...“ zeigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Filme über Länder, aus denen Flüchtlinge zu uns kommen. Die Filme werden eingeführt und anschließend diskutiert. Als GföV weisen wir ausdrücklich auf diese Reihe hin, da wir auch zu all diesen Regionen arbeiten.

Veranstalter: Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit VHS Münster und der

Kommunalen Seniorenvertretung
Eintritt frei.

2. Münsteraner Friedenskonvokation

Donnerstag, 19. April 2018, 18 – 19.30 Uhr

Rüstkammer im Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 6-7

WeltWeitWissen 2018: Lernen für den Wandel

Donnerstag bis Samstag, 3.- 5. Mai 2018

Bremen

Zielgruppe dieses Fachkongresses sind Multiplikator*innen aus Verbänden, Lehrer*innen, Studierende und Lehrende, Promotor*innen und weitere Interessierte aus Politik und Verwaltung sowie Referent*innen aus dem In- und Ausland.

Themenschwerpunkte der Veranstaltung:

-Wie muss Globales Lernen aussehen, um Veränderungen im Sinne der SDG/ der Transformation erzielen zu können?

-Ist BNE / Bildung für nachhaltige Entwicklung (dafür) politisch genug? Und: Wie politisch muss/ darf GL und BNE überhaupt sein? Beutelsbacher Konsens versus politische Aktivierung/ Politisierung als Anspruch/ Ziel.

-Was zeichnet „transformative“ Lernprozesse aus?

<https://www.weltweitwissen2018.de/>

<http://www.ben-bremen.de/index.php/aktuelles/398-weltweitwissen-2018-lernen-fuer-den-wandel-kongress-in-bremen>

Suche Frieden

101. Deutscher Katholikentag

Mittwoch bis Sonntag, 9. - 13. Mai 2017 in Münster

Das Großereignis, zu dem etwa 30.000 Gäste in Münster erwartet werden, soll auch zahlreiche Foren zu Menschenrechts- und Eine-Welt-Themen bieten. Noch ist das Programm in Arbeit.

Es werden noch Gastgeber gesucht.

Wer am Katholikentag teilnehmen möchte, für den sind Frühbucherrabatte interessant.

<http://www.vorbereitung-katholikentag2018.de/startseite/>



GfbV-Jahreshauptversammlung

Freitag bis Sonntag, 5. - 7. Oktober 2018

Am Samstag wird das 50jährige Jubiläum unserer Menschenrechtsorganisation gefeiert werden.

Göttingen

Aktuelle Hinweise finden sich auf unserer Internetseite www.gfbv.de

2. Berichte und Hinweise

Menschenrechte beim Düsseldorfer Karnevalsumzug

Für den Wagenbauer Jacques Tilly waren auch Menschenrechte ein Thema beim Rosenmontagsumzug.

Unser Mitstreiter Klaus Deuchert berichtete mir schon im Vorfeld von der aufwendiger Aktion. Das Bild schickte uns Anke Konietzny von der Düsseldorfer GfbV-Regionalgruppe.



Zentrale Ausländerbehörde in Münster verhindert – ein klares Signal an die Bundes- und Landespolitik gesetzt

Münster. Der Stadtrat hat sich [...] am 31.01.18, mit 35 zu 34 Stimmen gegen die Einrichtung einer Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in Münster entschieden. Das knappe Ergebnis zeigt, dass es bis zum Ende der Verhandlungen große Auseinandersetzungen um das Thema gab. Dass schließlich doch eine Abschiebebehörde als Teil eines Wohnungsdeals verhindert werden konnte, ist vor allem auch dem Druck aus der Bevölkerung, von Flüchtlingsinitiativen, Gewerkschaften, Kirchen und politischen Basisgruppen zu verdanken. Hiermit wurde ein klares Signal an die Bundes- und Landesregierung gesetzt, dass das „integrierte Rückführungsmanagement“ nicht unwidersprochen hingenommen wird. Es wurde ein wichtiger symbolpolitischer Schritt getan, der neben der realen Verhinderung einer ZAB über Münster hinaus Wirkung zeigen wird.

Auszug aus einer
Presserklärung des
Instituts für Theologie
und Politik Münster
(itp)

<http://www.itpol.de/?p=2870>



Quelle:

<http://www.wn.de/Muenster/3153827-Liveticker-Ratsdebatte-ueber-die-Zentrale-Auslaenderbehoerde-in-Muenster>

Abendliche Aktion am Kanzleramt

Mit dieser ungewöhnlichen Lichtinstallation protestierten Aktivisten gegen die türkische Aggression im kurdische Nordsyrien und die Verwendung deutscher Waffen, wie den Leopard-Kampfpanzer.



Fernsehbeitrag über Einsatz deutscher Panzer in Nordsyrien

Empfehlend hinweisen möchte ich auf den Fernsehbeitrag von Frontal 21 zum Einsatz deutscher Panzer in Nordsyrien. Eine unserer letzten GfbV-Aktionen kommt darin prominent vor. Der Beitrag ist abrufbar unter:

<https://www.zdf.de/politik/frontal-21/deutsche-panzer-gegen-kurden-100.html>

Verlorene Heimat Syrien

Am Donnerstag (15.2.2018) wurde die **Gemäldeausstellung** „Verlorene Heimat Syrien - Die Wahrheit des Krieges“ des Künstlers **Gamal Kalil** im Forum der Volkshochschule Münster eröffnet. Viele Eine-Welt- und Menschenrechtsengagierte und natürlich Kunstinteressierte aus der Region waren zur Eröffnung gekommen. Die eindrucksvollen Bilder des Künstlers handeln häufig von Vertreibung, Tötung, Vergewaltigung, auch Verschleppung. Verlassene, geleerte Städte, fahle dünne Figuren im Vordergrund.



Dorf an der syrisch-türkischen Grenze

"Hinrichtung der Jesiden in Shingal" oder "Kobane brennt" lauten Titel. Andere Motive zeigen auf den Leinwänden in prächtigen, strahlenden Farben schöne Seiten der Kultur seiner Heimat – Menschen in bunten Gewänder werden sichtbar.

Gamal Kalil wurde 1961 in Syrien geboren. Malen war in der Schule, in Quamishli unmittelbar an der Grenze zur Türkei, für ihn das wichtigste Fach. Er stellte öffentlich aus – die Polizei konfiszierte die Werke. Er machte eine Ausbildung zum Fotografen, fotografierte eine Demonstration in Damaskus, wurde verprügelt, seine Kamera zerstört. Schon als 17-Jährigen steckte ihn Hafiz al-Assad drei Monate ins Gefängnis: Wo denn sein politisch aktiver Vater sei? - 1995 flüchtet Gamal Kalil nach Deutschland und erhält nach dreijähriger Wartezeit Asyl. Seit 2009 lebt er mit seiner Familie in Münster.

Bis Donnerstag, den 22. März 2018, kann die Ausstellung im Forum der VHS-Aegidiemarkt besucht werden.

Der Eintritt ist frei

An die Ausstellungseröffnung schloss sich am selber Ort die **Filmveranstaltung** des Eine-Welt-Forums Münster an, Thema: Auf der Flucht aus Syrien: „**Die letzten Männer von Aleppo**“. (Weitere Filmhinweise zu dieser Reihe finden sich bei den Terminen.)

Eine Viertelmillion Kindersoldaten

Gesellschaft für bedrohte Völker informiert

(Pressebericht)

Eine Viertelmillion Mädchen und Jungen wird derzeit in Bürgerkriegen und bewaffneten Konflikten als Kindersoldaten eingesetzt und unter Waffen gehalten. Die meisten werden in Afrika und Asien rekrutiert. An ihr Schicksal erinnerte die Gesellschaft für bedrohte Völker anlässlich des Internationalen Tages gegen den Einsatz von Kindersoldaten, des Red Hand Day, in einer Veranstaltung in Münster. Wie Dr. Kajo Schukalla berichtete, seien Brennpunkte besonders der Bürgerkrieg im Südsudan, Konflikte im Kongo und in Syrien der so genannte Islamische Staat. Die meisten der Kinder wurden zwangsrekrutiert, von Rebellen ebenso wie von offiziellen Armeen. Die Jungen werden teilweise unter Drogen gesetzt und an die Front geschickt, Mädchen werden immer wieder sexueller Gewalt ausgesetzt. Schule und Gesundheitsversorgung sind nicht gegeben. Ohne psychologische Betreuung bleiben ihre traumatischen Erlebnisse unverarbeitet.

Obwohl das 2. Fakultativprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention die Rekrutierung Minderjähriger ächtet und der UN-Sicherheitsrat 2009 und 2011 Sanktionen zum Schutz der Kinder beschlossen hat, werden die Kinderrechte weiter massiv verletzt. Gezielte Kindesverstümmelung, Kindestötungen und Vergewaltigungen sind auch heute noch in vielen Konfliktregionen Alltagsrealität, so die Gesellschaft für bedrohte Völker.



GAMAL KALIL
VERLORENE HEIMAT SYRIEN

Treffpunkt für engagementinteressierte Geflüchtete

Immer donnerstags von 14-17 Uhr

Beratung für engagementinteressierte Geflüchtete

Immer öfter kommen Geflüchtete zu uns in die FreiwilligenAgentur, die sich ehrenamtlich engagieren möchten.

Aus dieser Erfahrung heraus bieten wir ab Dezember jeden Donnerstag von 14-17 Uhr eine regelmäßige Sprechstunde für geflüchtete Menschen an, in der wir persönlich beraten und in konkrete Engagementfelder vermitteln.

Ansprechpartnerin ist unsere Kollegin Lina Kohl, erreichbar per Telefon unter 0251/4925595 oder per Mail an kohl@stadt-muenster.de.

www.freiwilligenagentur-muenster.de/

Freiwilligenagentur bittet um Projektideen für Freiwilligentag

Wer eine Projektidee für den Freiwilligentag hat, kann sich bis zum 9. März in der Freiwilligenagentur melden.

Beim letzten Freiwilligentag im Jahr 2016 waren es rund 40 Projekte überall in der Stadt, die an diesem einen Tag realisiert wurden. Über 300 engagierte Menschen haben dafür mit angepackt. „Die Projekte hatten mit Begleitung zu tun, mit Kreativität, mit grünen Daumen oder mit Handwerk“, sagt Nicole Lau von der städtischen Agentur Für Einrichtungen und Vereine ist der Freiwilligentag außerdem eine gute Möglichkeit, mit neuen Freiwilligen in Kontakt zu kommen.

Wer als Einrichtung noch keine konkrete Projektidee hat und dennoch gerne ein Projekt am Freiwilligentag anbieten möchte, kann sich dazu beraten lassen. Johannes Kellersmann von der Freiwilligen-Agentur steht mittwochs und donnerstags in der Zeit von 14 bis 16 Uhr für Gespräche zur Verfügung.

„Die Projekte sollten so angelegt sein, dass sie an einem Tag zu bewältigen sind“, erläutert Kellersmann. „Da am Freiwilligentag auch der Gemeinschaftsgedanke wichtig ist, sollten in jedem Projekt mindestens vier Freiwillige eingebunden werden.“ Projekte sind in allen Engagementfeldern möglich.

Der Freiwilligentag der Freiwilligen-Agentur Münster findet alle zwei Jahre statt. Schirmherr ist Oberbürgermeister Markus Lewe. Finanziell gefördert wird der Tag von der Sparkasse Münsterland Ost. Medienpartner sind die Westfälischen Nachrichten. Mehr Infos

Informationen und Vorschläge über Tel. 0251/ 492-59 70

www.freiwilligenagentur-muenster.de

Antisemitismus-Bericht

Als Unterrichtung durch die Bundesregierung erschien der „Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 18/1190, 2017).

Im Rahmen der Antirassismus- und Antisemitismusbearbeitung ist das 310-seitige Dokument eine wichtige Quelle.

Die gedruckte Ausgabe des Bundesinnenministerium ist leider schon vergriffen. Die Internetausgabe ist abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf>

Freundeskreis Münster-Monastir wird Verein Partnerschaft soll gestärkt werden

Nach einjährigem Vorlauf hat sich nun der „Freundeskreis Münster-Monastir“ als Verein konstituiert. Vor allem möchte er die Kontakte mit der Bürgerschaft von Münsters Partnerstadt Monastir intensivieren und auch zivilgesellschaftliche Graswurzelprojekte befördern. Bereits seit 1969 ist Münster mit dem tunesischen Monastir durch eine Städtepartnerschaft verbunden. Zwar gab es in der langen Zeit sporadisch Delegationsbesuche und auch vereinzelt Kontakte und sogar kleinere Projekte, doch keinen bürgerschaftlichen Trägerverein wie sonst bei allen anderen Städtepartnerschaften Münsters. Vor zwei Jahren war durch den städtischen Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit die Diskussion um die tunesische Partnerschaft, noch immer die einzige im globalen Süden, belebt worden. Vor einem Jahr besuchte dann eine Dreierdelegation aus Politik, Beirat und Verwaltung Monastir zu Gesprächen auch mit Einrichtungen und Organisationen vor Ort.

Der Freundeskreis in Münster wählte mit der Vereinsgründung Jens Heinemann als Vorsitzenden, Erich Tilkorn als Stellvertreter und Thomas Kollmann (Schatzmeister), Prof. Dr. Marco Schöller (Schriftführer), Brigitte Thomas, Chokri Hamdi, Monika Jürgensmeier, Anja Terhorst sowie Dr. Kajo Schukalla in den Vorstand. Der neue Verein sieht großes Potenzial in der Intensivierung der Kontakte zum auch touristisch attraktiven Monastir. In Arbeit befindet sich bereits ein Internetauftritt, der von Benno Sökeland vorgestellt wurde.

Unzufrieden zeigte sich die Versammlung über die Tatsache, dass trotz verschiedener politischer Anfragen Monastir als einzige Partnerstadt noch immer nicht mit einer Straßen- oder Platzbezeichnung im Straßennetz berücksichtigt sei. Inhaltlich will der neue Partnerschaftsverein zunächst mit Veranstaltungen über die politischen Entwicklungen in Tunesien, über Aspekte deutsch-tunesischer Beziehungen und die Geschichte Monastirs in die Öffentlichkeit gehen.

Interessierte sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen. Kontakt: Tel. 4923328, E-mail: Monastir.Partnerschaft@gmail.com

Neue Studie: Nachhaltige Stadtentwicklung in Münster

Jüngst ist eine Studie über nachhaltige Stadtentwicklung in Münster erschienen. Wir beschreiben im Buch „Nachhaltige Stadtentwicklung durch zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse und lokale Bewegungen. Ergebnisse einer soziologischen Begleitforschung“ das **Nachhaltigkeitsengagements in Münster**, das sich in Folge der Tagung „Höher, Weiter, Schneller“ zur Initiative Münster-nachhaltig entwickelt hat.

Wer Interesse an dem Buch hat kann sich gerne bei uns melden. Wir haben eine ganze Reihe an Autor*innenexemplare erworben und würden uns freuen, diese zum reduzierten Preis (15 Euro) weiterzugeben. Wir sind am besten über folgende Mailadresse (bjoern.wendt@uni-muenster.de) zu erreichen oder es kann auch gerne bei uns im Büro (Institut für Soziologie, Scharnhorststraße 121, Raum: 547) vorbeigekommen werden.

Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Niklas Haarmann, Jessica Hoffmann, Dieter Hoffmeister und Björn Wendt

Kontakt: nachhaltige-stadtentwicklung@listserv.uni-muenster.de

Frieden ist Thema des Katholikentags in Münster Bis zu 100.000 Teilnehmer in Münster erwartet

Vom 9. bis zum 13. Mai 2018 findet das größte Katholikentreffen des Jahres in der Stadt des „Westfälischen Friedens“ erwartet. Das Motto – natürlich: „Suche Frieden“
In den fünf Tagen soll es mehr als 1000 Veranstaltungen in Münster geben, darunter viele Angebote mit Menschenrechtsbezug.

Wir werden uns als Menschenrechtsgruppe natürlich einzumischen wissen.



Antworten auf häufig gestellte Fragen unter
https://www.katholikentag.de/service/haeufig_gestellte_fragen.html

<https://www.katholikentag.de/>

Eine frühzeitige Anmeldung ist erheblich kostengünstiger.

Aktustisches Münster-Feeling gewünscht?

Dann rate ich zur einer Hörprobe! Folgende beiden Hörbeispiele lassen sich gut übereinander einspielen, klingt etwas chaotisch, trifft aber die Wirklichkeit.
Kajo

http://www.stadt-muenster.de/fileadmin//user_upload/stadt-muenster/13_medien/pdf/willi.mp3

http://www.stadt-muenster.de/fileadmin//user_upload/stadt-muenster/13_medien/pdf/tuermer.mp3

Übersicht

<http://www.stadt-muenster.de/medien/geraeusche.html>

Mitmachen bei der nächsten Veranstaltungsreihe des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster:

Unfair.Unfrieden.Flüchten.

Der Titel der Veranstaltungsreihe 2018 ist so sperrig wie die Inhalte, um die es geht: "Unfair.Unfrieden.Flüchten". Der Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit lädt wieder dazu ein, sich mit Beiträgen an der jährlichen Veranstaltungsreihe zu beteiligen. Wer sich **bis zum 7. April** mit einem **Vorschlag** bewirbt, kann für die Umsetzung bis zu 500 Euro städtischen Projektzuschuss erhalten.

"Rüstungsexporte, Landraub, Rohstoffausbeutung und unfairer Handel sind für Unfrieden im globalen Süden mitverantwortlich, oft direkte Fluchtursache", so der Beirat. Diesen Ursachen der neuen Fluchtbewegungen wird die Veranstaltungsreihe vom 15. September bis 31. Oktober nachspüren und nach politischen Konsequenzen fragen. Vor allem wird sie auch fragen: Welchen Beitrag können die Menschen in Münster leisten? Der Beirat lädt Schulen und Vereine, Verbände, Gruppen und Initiativen ein, sich mit damit auseinanderzusetzen und sich an der Reihe zu beteiligen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.stadt-muenster.de/ratsservice/politik-und-verwaltung/beirat-fuer-kommunale-entwicklungszusammenarbeit/aktuelle-veranstaltungsreihe.html>

Interessierte wenden sich mit Fragen und Zuschussanträgen an die Geschäftsstelle des Beirats im Amt für Bürger- und Ratsservice. Ansprechpartnerin ist Susanne Rietkötter, Tel. 02 51/4 92-33 26, E-Mail rietkoetter@stadt-muenster.de. Info im Stadtportal: www.stadt-muenster.de/entwicklung

Ursachen von Not und Flucht *WN 7.2.18*

MÜNSTER. „Unfair. Unfrieden. Flüchten“ lautet 2018 das Jahresthema des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Der Beirat lädt dazu ein, sich mit Beiträgen an der jährlichen Veranstaltungsreihe zu beteiligen. Wer sich bis zum 7. April mit einem Vorschlag bewirbt, könne für die Umsetzung bis zu 500 Euro städtischen Projektzuschuss erhalten, heißt es in einer Pressemitteilung.

Flucht und Migration nach Europa haben handfeste Ursachen. Diesen Ursachen wird die Veranstaltungsreihe vom 15. September bis 31. Oktober nachspüren und nach politischen Konsequenzen fragen. Vor allem stellt sie auch die Frage: Welchen Beitrag können die Menschen in Münster leisten? Denkbar sind Vorträge und Diskussionen, Film- und Theatervorführungen, Ausstellungen, Expertenanhörungen oder sonstige originelle Projektideen.

Interessierte wenden sich an die Geschäftsstelle des Beirats im Amt für Bürger- und Ratsservice. Ansprechpartnerin ist Susanne Rietkötter (☎ 492 33 26, E-Mail rietkoetter@stadt-muenster.de). | www.stadt-muenster.de/entwicklung

3. Aktuelle GfbV-Pressemitteilungen

Bundesaußenminister auf dem Westbalkan

Gabriel soll Menschlichkeit zeigen und sich der Roma und Aschkali im Kosovo annehmen

(GfbV-Pressemitteilung, 14.2.2018)

Anlässlich der Westbalkan-Reise von Außenminister Sigmar Gabriel weist die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) auf die desolate Lage der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im Kosovo hin. „Wir wünschen uns von Gabriel, dass er Menschlichkeit

zeigt, sich dieser Ärmsten der Armen annimmt und ihre Lage bei den Gesprächen mit der Kosovo-Regierung zum Thema macht. Die Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter müssen mit ihren Kindern am Rande der Gesellschaft unter unsäglichen Umständen dahinvegetieren oder aus schierer Not Richtung Deutschland und Westeuropa fliehen“, erklärte die GfbV-Südosteuropareferentin Jasna Causevic am Mittwoch in Göttingen. „Wenn Fluchtursachen verhindert und Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber aus Deutschland vermieden werden sollen, dann muss die Situation der Roma und Aschkali im Kosovo selbst verbessert werden.“

„Viele der rund 37.500 Roma und Aschkali im Kosovo wissen nicht, wie sie ihre Kinder am nächsten Tag satt bekommen sollen. Etliche haben nicht einmal sauberes Trinkwasser, geschweige denn Strom. Niemand gibt ihnen Arbeit oder Wohnraum, medizinische Behandlung können sie nicht bezahlen und Bildungschancen haben ihre Kinder kaum, weil die Eltern sie aus berechtigter Angst vor rassistischen Übergriffen oft nicht in die Schule schicken“, berichtete Causevic. „Verzweifelt machen sich viele Angehörige dieser Minderheiten auf den gefährlichen Weg nach Westeuropa, auch wenn sie dort bereits vergeblich um Aufnahme gebeten hatten und wieder in den Kosovo zurückgeschickt wurden. Wenn sie und ihre Kinder überleben wollen, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, auch wenn sie dann ein Leben in der Illegalität führen müssen.“

Zu diesem Teufelskreis der Ausgrenzung habe Deutschland beigetragen, als der Kosovo zu einem sicheren Herkunftsland erklärt wurde und rücksichtslos auch Roma und Aschkali abgeschoben wurden, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, kritisiert die GfbV. Diese harte Politik habe die Zukunft vieler Kinder und Jugendlicher auf dem Gewissen. Für Deutschland sei es jetzt ein Gebot der Menschlichkeit, wenigstens im Kosovo dazu beizutragen, die alltägliche Diskriminierung und Ausgrenzung dieser Minderheiten zu beenden und eine aktive, „ehrlich gemeinte Reintegrationspolitik“ zu befördern.

1999 mussten unmittelbar nach der Nato-Intervention im Kosovo 130.000 der 150.000 Roma und Aschkali vor Mord, Vergewaltigung, Entführung, Folter und bis heute anhaltender rassistischer Verfolgung durch nationalistische Albaner fliehen. 14.000 der 19.000 Häuser der Minderheitenangehörigen wurden unter den Augen der Nato- und KFOR-Truppen zerstört. Die internationale Gemeinschaft hat bisher nur einen kleinen Teil ihrer Häuser wiederaufgebaut.

**Indien: Christen und Muslime fürchten um ihre Sicherheit
Gewalt von Hindu-Nationalisten gegen religiöse Minderheiten nimmt zu: 822
religiös motivierte Übergriffe 2017**
(GfbV-Pressemitteilung, 14.2.2018)

Christen und Muslime in Indien sind einer wachsenden Bedrohung durch Hindu-Nationalisten ausgesetzt, warnt die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). „Die religiös motivierte Gewalt hat in Asiens größter Demokratie im Jahr 2017 weiter zugenommen“, berichtete die Menschenrechtsorganisation am Mittwoch in Göttingen. Wurden 2016 offiziell 703 religiös motivierte Gewaltausbrüche registriert, waren es im Jahr 2017 nach Angaben der indischen Regierung 822 Zwischenfälle, bei denen 111 Menschen getötet und 2.384 Personen verletzt wurden. Indische Nichtregierungsorganisationen zählten 736 regelrechte Hassverbrechen gegen Christen.

„Hindu-Extremisten gehen immer dreister gegen religiöse Minderheiten vor. Sie können

sich sicher sein, dass sie meist straffrei bleiben. Denn Indiens Hindu-nationalistische BJP-Regierung distanziert sich nur halbherzig von der Gewalt, die Politiker ihrer eigenen Partei anheizen“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius.

Die Gewalt gegen Christen geht auch 2018 weiter. So wurde der Pastor Gideon Perisyaswamy am 20. Januar 2018 in seiner Kirche im Bundesstaat Tamil Nadu erhängt aufgefunden. Er hatte zuvor Todesdrohungen von Hindu-Nationalisten erhalten, die aber von der Polizei ignoriert wurden. Sein Körper wies Folterspuren auf.

Gerade vor dem christlichen Weihnachtsfest hatte es Vorfälle gegeben, in die auch Sicherheitskräfte verwickelt waren. So wurden kurz vor Heiligabend im Bundesstaat Madhya Pradesh 32 Priester und Theologiestudenten verhaftet, nachdem sie von Hindu-Extremisten wegen vermeintlicher Zwangskonversion tötlich angegriffen worden waren.

Selbst Schulen unter kirchlicher Leitung sind nicht sicher. So wurde Schulen von Hindu-Nationalisten Gewalt angedroht, sollten sie das Weihnachtsfest mit ihren Schülern feiern. Die Klosterschule Sankt Joseph im Distrikt Ratlam (Madhya Pradesh) musste am 16. Januar 2018 von Polizisten geschützt werden, weil Demonstranten drohten, das Gebäude zu stürmen.

Auch Muslime leiden massiv unter den Drohungen. So löschte Facebook 102 Profile von Muslimen im Februar 2018, denen von Hindu-Nationalisten vorgeworfen wird, mit Hindu-Frauen verheiratet zu sein. Die Extremisten lehnen Heiraten zwischen Angehörigen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften strikt ab und hatten zu Gewalt gegen diese Muslime aufgerufen.

Was Palmöl mit dem ICE und Kampfflugzeugen verbindet : Verbot von Palmöl im Biodiesel droht trotz Beschluss des Europaparlaments das Aus Wirtschaftsinteressen nicht Vorrang vor Umweltschutz und Menschenrechten geben!

(GfbV-Pressemitteilung, 13.2.2018)

Die französische Verteidigungsministerin Florence Parly hatte bereits am 29. Januar bei einem Besuch in Malaysia erklärt, ihre Regierung werde gegen ein Palmöl-Verbot stimmen.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat vor einem Scheitern des in der Europäischen Union geplanten Verbots von Palmöl in Biodiesel gewarnt. „Trotz eines Beschlusses des Europaparlaments droht dem Palmöl-Verbot das Aus, weil Wirtschaftsinteressen Vorrang vor dem Schutz der Umwelt und Menschenrechten gegeben wird“, sagte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Dienstag in Göttingen. So äußern die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs Kritik an dem wegweisenden Verbot, weil sie sich um einen lukrativen Rüstungsexport nach Malaysia bemühen. „Auch in Deutschland dürften sich bald kritische Stimmen mehrern, nachdem der Siemens-Konzern am Montag ein Angebot zum Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke in Malaysia unterbreitet hat“, befürchtet Delius.

Das Europaparlament hatte sich im Januar 2018 dafür ausgesprochen, mittelfristig kein Palmöl mehr zur Biodiesel-Produktion zuzulassen. Protest kam daraufhin aus Indonesien und Malaysia, den bedeutendsten Anbauländern von Ölpalmen. Malaysia warf der EU Diskriminierung vor und drohte mit einem Boykott europäischer Produkte und einem

Handelskrieg. Bis zum Ende des Jahres 2018 wollen sich Europaparlament, Europäischer Rat und Europäische Kommission in Verhandlungen auf eine gemeinsame EU-Position verständigen.

Die französische Verteidigungsministerin Florence Parly hatte bereits am 29. Januar bei einem Besuch in Malaysia erklärt, ihre Regierung werde gegen ein Palmöl-Verbot stimmen. Sie begründete dies mit der Bedeutung des Rohstoffes für Malaysias Wirtschaft. „Doch dieses Argument ist nur vorgeschoben. Tatsächlich geht es um den Verkauf von 18 Rafale-Kampfflugzeugen an Malaysia, um den sich Frankreich seit Jahren bemüht“, sagte Delius. Es konkurriert bei dem Rüstungsdeal mit Großbritannien, dass ebenfalls seine modernen Typhoon-Jagdflugzeuge an den südostasiatischen Staat verkaufen will. Der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson sieht 20.000 Arbeitsplätze in der britischen Rüstungsindustrie gefährdet, sollte der 5,6 Milliarden Euro wertvolle Rüstungsexport platzen. Der britische Umweltminister Michael Gove plädiert hingegen für das Palmöl-Verbot.

„Die Hürden für ein Palmöl-Verbot werden immer höher, seit sich Siemens/Alstom gemeinsam mit dem malaysischen Partner George Kent für den Bau einer Schnellstrecke zwischen Kuala Lumpur und Singapur beworben hat“, führte Delius aus. „Europa ist erpressbar und weit von einer gemeinsamen Außen- und Umweltpolitik entfernt. Die indigenen Völker haben das Nachsehen. Denn der Palmöl-Boom zerstört ihre Wälder und ihre Lebensgrundlage.“

Libyen: Fiasko beim ersten Rückkehrversuch nach Tawergha Vertriebene vor rassistischen Angriffen schützen! Rassismus-Opfer protestieren in Berlin

(GfbV-Pressemitteilung, 12.2.2018)

Nach dem Scheitern der international angekündigten Rückkehr von 48.000 dunkelhäutigen Libyern in ihre Heimatstadt Tawergha hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Montag eine vor rassistischen Angriffen besser geschützte Rückführung der Vertriebenen gefordert. Milizionäre aus der verfeindeten Nachbarstadt Misrata hatten die ersten 1.000 der rund 12.000 vertriebenen Familien aus Tawergha am 1. Februar mit Waffengewalt an der Weiterfahrt gehindert. Die Rückkehrer kampieren jetzt gemeinsam mit anderen rückkehrwilligen Einwohnern ihrer Stadt in Zelten rund 20 Kilometer vor der Stadt in der Wüste. Die dunkelhäutigen Libyer waren nach dem Sturz von Muamar al-Gaddafis im Jahr 2011 aus Tawergha gewaltsam vertrieben worden. Angeblich sollen sie den Diktator unterstützt haben. Deswegen wurden Hunderte von ihnen vor sechseinhalb Jahren von Milizen aus dem benachbarten Misrata verschleppt, gefoltert und ermordet.

Vor dem Berliner Büro des Hochkommissariats für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) werden in Deutschland lebende geflohene Einwohner von Tawergha am heutigen Montag von 12 bis 15 Uhr für eine sichere Rückkehr ihrer Landsleute demonstrieren

„Die Tawergha-Krise zeigt, wie tief der Rassismus gegen dunkelhäutige Menschen in Libyen verankert ist und wie lang der Weg zu einer Versöhnung ist“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Montag in Göttingen. „Berichte über Sklaverei in Flüchtlingslagern hatten Libyens Ruf in Afrika ruiniert. Deshalb hatten es die Machthaber nach jahrelangem Aussitzen der Tawergha-Krise plötzlich eilig mit guten Nachrichten über

einen vermeintlich erfolgreichen Kampf gegen Rassismus.“ So hatte der Stadtrat von Misrata dem Termin für eine Rückkehr der Vertriebenen nach monatelangen Verhandlungen zugestimmt. Auch die Regierung in Tripolis hatte ihre volle Unterstützung zugesagt, Sicherheitskräfte zur Verfügung gestellt und Aufräumarbeiten in der zerstörten Stadt angeordnet.

Heute verlangen die Milizen eine nochmalige Entschuldigung für “begangene Verbrechen“ und eine Übergabe aller Personen, die für Gaddafi gekämpft haben sollen. Am vergangenen Sonntag überfielen Milizen eines der drei Zeltlager in der Wüste und verbreiteten mit Gewehrsalven Angst und Schrecken.

Flüchtlingen drohen in China Gefahren für Leib und Leben Verfolgten Uiguren muss Schutz gewährt werden (GfbV-Pressemitteilung, 11.2.2018)

Den aus China geflohenen Angehörigen der muslimischen Nationalität drohen in ihrer Heimat alleine aufgrund ihrer ethnischen Abstammung Folter und langjährige Inhaftierung. Foto: Casten ten Brink via Flickr

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat Malaysias Regierung aufgefordert, elf inhaftierte uigurische Flüchtlinge nicht nach China abzuschieben. „Malaysia sollte den Flüchtlingen Schutz gewähren oder sie zumindest in ein Drittland ihrer Wahl ausreisen lassen, um dort dauerhaft Zuflucht zu finden“, appellierte die Menschenrechtsorganisation an die malaysischen Behörden. „Den aus China geflohenen Angehörigen der muslimischen Nationalität drohen in ihrer Heimat alleine aufgrund ihrer ethnischen Abstammung Folter und langjährige Inhaftierung. Denn wer als Uigure vor der stetig zunehmenden Verfolgung in China flieht, gilt in den Augen der Sicherheitsbehörden als „Terrorist“ oder „Sympathisant von Terrorbewegungen“ und muss um sein Leben fürchten“, erklärte GfbV-Direktor Ulrich Delius am Sonntag in Göttingen. Auch die US-Regierung appellierte an Malaysia, die Festgenommenen nicht in ihre Heimat abzuschieben.

Die Volksrepublik China hat offiziell einen Auslieferungsantrag für die 11 Uiguren gestellt. Die Festgenommenen hatten ursprünglich mit einer Gruppe von rund 200 weiteren Personen aus Xinjiang (Ostturkestan) im Jahr 2014 in Thailand Zuflucht gesucht. Aus Angst vor einer Abschiebung nach China leugneten sie ihre Identität und erklärten nach ihrer Internierung, sie kämen aus der Türkei. Als Angehörige einer turkstämmigen Nationalität genießen sie in der Türkei hohes Ansehen.

Thailand schob im Juli 2015 mehr als 100 Angehörige dieser Flüchtlingsgruppe nach China ab. Manche der Abgeschobenen wurden in China inhaftiert, andere wurden in Umerziehungszentren der Gehirnwäsche unterzogen oder mussten öffentlich ihre „Schuld“ in staatlichen Propaganda-Videos eingestehen.

Die 11 nun von Abschiebung bedrohten Uiguren entwichen im November 2017 aus ihrer Internierungshaft im Süden Thailands. Sie flohen in das nahe Malaysia, wo sie wenige Tage später festgenommen wurden.

„Wir befürchten, dass Malaysia dem massiven Druck Chinas nachgeben und die Flüchtenden in ihre Heimat abschieben wird. Dies wäre ein Bruch des humanitären Völkerrechts, in dem das Prinzip der Nicht-Zurückweisung von Flüchtlingen bei

drohender Gefahr für Leib und Leben allgemein anerkannt ist“, sagte Delius. „Aber Malaysia ist wirtschaftlich so abhängig von China, dass die Volksrepublik massiven Druck ausüben kann.“ Staatlich kontrollierte chinesische Firmen haben fast eine Milliarde Euro in 33 Großprojekte in Malaysia investiert und betreiben in dem Land 22 große Mega-Projekte im Wert von 120 Milliarden Euro. „Wirtschaftsinteressen wird so oft von Malaysia Vorrang vor Menschenrechten und Solidarität mit verfolgten Muslimen gegeben“, erklärte Delius.

Kein klares Signal für Vorrang von Menschenrechten – Koalitionsvertrag

„menschenrechtlich sehr durchwachsen“

Bekenntnis zur Förderung von Religionsfreiheit, indigenen Rechten und Kampf gegen Straflosigkeit begrüßt

(GfbV-Pressemitteilung, 9.2.2018)

Als „menschenrechtlich sehr durchwachsen“ hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) den Koalitionsvertrag von SPD und CDU bezeichnet. „Wir vermissen, dass Menschenrechte zur Leitlinie deutscher Außenpolitik erklärt werden“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Freitag in Göttingen, „stattdessen wird deutlich signalisiert, dass Wirtschaftsinteressen vorgehen. Das wird in Fragen von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien ganz deutlich. Da wird das in den Sondierungsgesprächen vereinbarte Verbot, dem Königreich Patrouillenboote zu liefern, verwässert. Auch fehlt es im neuen Koalitionsvertrag an einem klaren Bekenntnis zur Schutzverantwortung für Opfer von Völkermord und Verbrechen gegen Menschlichkeit, das in der vorherigen Vereinbarung noch enthalten war. Große menschenrechtliche Krisen wie das Drama der Rohingya in Burma oder der Flüchtlingskatastrophe im Südsudan werden ignoriert.“

Den Plan der Koalitionspartner, die politische „Stabilisierung“ Ägyptens zu fördern, hält die GfbV für einen fatalen Irrweg. „Ägypten ist eine Diktatur. Da gibt es nichts zu stabilisieren, wenn Menschenrechten nur halbwegs Bedeutung beigemessen wird. Dieser Koalitionsvertrag liest sich wie ein Bekenntnis zur Abwehr von Flüchtlingen“, kritisierte Delius. „Für Opfer verfolgter ethnischer und religiöser Minderheiten wird es schwieriger werden, in Deutschland Schutz zu finden.“

„Positiv ist das Engagement für weltweite Glaubensfreiheit, das mit der Ernennung eines Beauftragten für Religionsfreiheit unterstrichen wird. Außerdem begrüßen wir es, dass Deutschland nach Jahren der Blockade nun endlich mit der Ratifizierung der ILO-Konvention 169 die Rechte indigener Völker stärken will“, sagte der Menschenrechtler. Erfreulich sei auch, dass der Kampf gegen Straflosigkeit gefördert und der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) verstärkt unterstützt werden soll. „Gerade beim Bekenntnis zur Stärkung dieses Gerichts darf es nicht bei leeren Willensbekundungen bleiben, sondern wir erwarten mehr Engagement Deutschlands für eine bessere Finanzierung der Anklagebehörde des IStGH. Wenn sie in dem weltweiten Kampf gegen Straflosigkeit punkten will, dann braucht sie mehr Kapazität, um glaubwürdig ermitteln zu können.“

Zwar wird der Anspruch auf einen nicht-ständigen Sitz Deutschlands im Weltsicherheitsrat bekräftigt, doch der Koalitionsvertrag bietet wenig zu den weltpolitisch bedeutsamen Themen wie der Rolle Chinas, dem Streit um die Expansion der Volksrepublik in Ostasien und der Bedeutung Indiens. China sei kein Garant für „Stabilität, sondern für Friedhofsruhe“, sagte Delius. „Nur mit einem Satz wird Indien erwähnt, ohne auf die zuvor so sehr hervorgehobene Frage des Schutzes religiöser Minderheiten einzugehen. So bleibt der Koalitionsvertrag Stückwerk, um den

Wählerinnen und Wählern zu gefallen. Aber es fehlt an überzeugenden Konzepten und Glaubwürdigkeit.“

4. Hinweise zu neuen Publikationen der GfbV

Fachzeitschrift Bedrohte Völker – Pogrom

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de. Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

Mehr Informationen unter

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/>

Über diesen Link kann ein Abonnement in Auftrag gegeben werden:

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/>



Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !

Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

5. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Ulrike Kuhlmann,

Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)

E-mail: ulrikekuhlmann@googlemail.com.

Dr. Kajo Schukalla

Markweg 38, 48147 Münster,

Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),

E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster

www.rg-muenster.gfbv.de

Einige unserer Beiträge aus Münster findet ihr hier eingestellt:

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/regionalgruppe-muenster-archiv/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

www.gfbv.de

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail. Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorengeht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.

